NIEDERSCHRIFT HFA/032/2013

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 10.12.2013 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Ludger Kleideiter
Herr Bernd Kösters
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Jürgen Brunn
Herr Hans-Jürgen Dittrich
Herr Thomas Tauber
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking
Herr Hubert Maas

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Peter Melzner
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Grundlagen für die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014
hier: Erlass einer Hebesatzsatzung

Nach kurzer Erläuterung durch Herrn Melzner schließt sich der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Verwaltung an und fasst folgenden

<u>Beschlussvorschlag für den Rat:</u>

Dem Erlass einer Hebesatzsatzung mit unveränderten Realsteuerhebesätzen wird zugestimmt.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Antrag der CDU Fraktion vom 08.12.2012
hier: Einholung von Informationen über Media-Stelen (Touristen-Info-System)

Frau Dirks führt aus, dass Herr Gräff vor Jahren bereits ein ähnliches Projekt vorgestellt habe. Damals sollte die Stele über Werbeeinnahmen finanziert werden. Da erhebliche Summen hätten aufgebracht werden müssen, habe man damals Abstand genommen.
Bereits in dem Bericht über die Entwicklung des Tourismus im HFA am 01.10.2013 sei mitgeteilt worden, dass die Internetseite der Stadt derzeit überarbeitet werde, u. a. mit dem Ziel, einen Schwerpunkt auf den Tourismus zu setzen und so zu gestalten, dass die Inhalte auf mobile Geräte herunter geladen werden können. Im Übrigen seien noch andere Angebote über Media-Stelen eingeholt worden. Danach müssten für eine vandalismussichere Outdoor-Stele 15.000,-- bis 20.000,-- € angesetzt werden.

Frau Mollenhauer vermisst in der Sitzungsvorlage eine Aussage zu den Kosten. Außerdem würden in der Vorlage nur verschiedene Möglichkeiten aufgelistet, nicht aber aufgezeigt, was für Billerbeck gut wäre. Deshalb könne die CDU-Fraktion heute nicht abstimmen.

Herr Messing erläutert, dass in öffentlicher Sitzung keine Angebotspreise genannt werden könnten. Für eine Media-Stele sei mit Kosten bis zu 20.000,-- € zu rechnen, hinzu kämen die laufenden jährlichen Kosten in Höhe von rd. 2.000,-- €.

Frau Dirks ergänzt, dass es sich um einen Fraktionsantrag handele. Wenn seitens des HFA die Auffassung vertreten werde, dass diesem gefolgt werden soll, dann müsse die Verwaltung entsprechend beauftragt werden. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, zunächst die Internetseite zu überarbeiten und für eine mobile Ansicht auf Smartphones aufzubereiten. Des Weiteren werde verwaltungsseitig auf Hot Spots im Rathaus gesetzt. Für die Anschaffung einer Media-Stele seien keine Mittel vorgesehen. Sie könne auch schlecht beurteilen, ob die Mittel über Werbeeinnahmen akquiriert werden könnten.

Herr Brockamp führt aus, dass es keinen Sinn mache, unter Druck eine Media-Stele durchzusetzen, zunächst müssten die technischen Voraussetzungen im Rathaus geschaffen werden. Im Übrigen müsse man nicht fragen, was eine Stele koste, sondern müsse festlegen, was man wolle. Das werde sich auf die Kosten auswirken. Solange die Überarbeitung des Internetauftrittes noch nicht abschließend erfolgt sei, könne auch keine Entscheidung getroffen werden. Im Übrigen gehe er davon aus, dass aus dem Hotel- und Restaurantbereich Einnahmen über Werbung erzielt werden können. Die Betriebe müssten aber wissen, was das koste.

Herr Tauber unterstreicht, dass es um einen großen Batzen Geld gehe. Wenn eine Stele ohne öffentliche Mittel und ohne Arbeitseinsatz der Verwaltung durch dritte private Nutzer finanziert werde, dann könnte eine Medien-Stele aufgestellt werden, öffentliche Gelder dürften hierfür aber nicht verwandt werden. Er halte aber punktuell aufgestellte Medien-Stelen nicht mehr für zeitgemäß. Fest fixierte Informationspunkte seien veraltet. Die Leute wüssten nicht, was sie erwartet und müssten einen Aufwand betreiben, um an Informationen zu kommen. Der richtige Weg wäre, die Endgeräte wie Smartphones oder Tablets der Bürger zu nutzen und Applikationen zu installieren.

Herr Maas schlägt als kostengünstigere Alternative vor, bei den am Stadtrand angesiedelten großen Einzelhandelsbetrieben, wie z. B. Moubis, Bruns, Kentrup, Bergmann Werbung für die Innenstadt zu betreiben. Die Verwaltung sollte diesbezüglich Gespräche mit den Einzelhändlern führen und dem Rat Vorschläge unterbreiten.

Frau Dirks berichtet, dass man mit den Einzelhändlern bereits im Gespräch sei und das eine das andere nicht ausschließe.

Herr Brockamp konstatiert, dass die Ideen von Herrn Tauber und Herrn Maas nicht schlecht seien. In dem CDU-Antrag gehe es um eine Media-Stele und letztlich darum, die Stadt medial zu präsentieren. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, weiter hieran zu arbeiten.

Zur Verdeutlichung präsentiert Herr Messing eine Seite des überarbeiteten Internetauftrittes der Stadt. Derzeit gebe es zu viele Untermenüs. Die Informationen müssten wesentlich klarer strukturiert werden. Außerdem müsse die Internetseite barrierefrei sein, damit man sie auf Smartphones ansehen könne. Applikationen seien nicht vorgesehen, da diese auch herunter skaliert werden müssten.

Herr Dittrich stellt heraus, dass eine gute barrierefreie homepage der richtige Ansatz und sinnvoller als eine Media-Stele wäre. Wer stehe heute schon gerne draußen an einer Stele und rufe Informationen ab. Er halte es für falsch, hierfür viel Geld zu installieren. Der Vorschlag von Herrn Maas sei gut, die Stadt sollte sich hieran aber nicht finanziell beteiligen.

Frau Rawe geht ebenfalls davon aus, dass Media-Stelen nicht den gewünschten Erfolg bringen werden. Außerdem kosteten sie viel Geld. Sie wolle wissen, wie teuer die Überarbeitung des Internetauftritts der Stadt sei. Der Vorschlag von Herrn Maas sollte weiter verfolgt werden. Die Verwaltung sollte Aussagen zur Machbarkeit und Finanzierung treffen.

Frau Dirks teilt mit, dass für die Werbung bei den Einzelhändlern Mittel aus dem Verfügungsfonds, der Bestandteil des Einzelhandelskonzeptes sei, verwandt werden sollen.
Herr Messing beziffert die Kosten für die Überarbeitung und den Relaunch des Internetauftritts auf 5.000,-- €; weitere 2.000,-- € müssten an jährlichen Kosten und für Dienstleistungstage und ggf. grafische Elemen-

te angesetzt werden. Hierfür sei kein zusätzliches Geld eingestellt worden, die Kosten würden aus dem laufenden Haushalt bestritten.

Herr Tauber schlägt vor, die Media-Stele nicht weiter zu verfolgen und mit dem Relaunch gleichzeitig auch Applikationen auf der Website zu installieren.

Herr Dr. Meyring führt an, dass der CDU-Antrag heute um viele Ideen ergänzt worden sei. Ihm gehe es aber zu schnell, wenn man sich jetzt von der Media-Stele bereits verabschiede. Noch sei nichts verglichen worden. Eine Media-Stele müsse nicht draußen stehen, sondern könnte auch innerhalb des Bahnhofes oder des Rathauses installiert werden, dann wäre sie vermutlich auch kostengünstiger. Auch die Idee mit der Werbung bei den großen Einzelhändlern am Stadtrand sei interessant. Des Weiteren sollte bedacht werde, dass nicht alle Touristen mit den neuen Medien vertraut seien. Bevor nicht alle Möglichkeiten abgewogen worden seien, wolle er die Media-Stelen noch nicht abschreiben.

Herr Maas weist auf die Möglichkeit hin, dass Geschäftsleute Bildschirme in ihr Schaufenster stellen und so Werbung für ihr Geschäft sowie für die Stadt machen könnten. Mit einem Touch auf der Scheibe könnten Interessierte von außen hierauf zugreifen. Die Verwaltung sollte entsprechende Informationen einholen und in einem Konzept zusammenfassen.

Frau Mollenhauer schließt aus den Diskussionsbeiträgen, dass allen an einer möglichst kostengünstigen Werbung für Billerbeck und insbesondere für ankommende Touristen gelegen sei. Sie beharre nicht unbedingt darauf, dass der CDU-Vorschlag Media-Stelen zu installieren, weiter verfolgt werde.

Herr Tauber stellt schließlich den Antrag, dass die Verwaltung zunächst die Softwarestrategie weiter verfolgt und dabei insbesondere die Möglichkeit einer Applikation (App) mit den genannten Anforderungen prüft und darstellt. Danach soll die erforderliche Hardware (in der Stadt verteilt, möglichst gesponsert und für ältere Menschen geeignet) vorgestellt werden.
Herr Dittrich ergänzt, dass auch Informationen aus vergleichbaren Städten und Gemeinden eingeholt werden sollen.

Zu dem Hinweis von Frau Dirks, dass professionelle Hilfestellung erforderlich sei, verweist Herr Tauber auf Finanzierungs-Modelle, die kostenlos seien.

Der Antrag von Herrn Tauber wird **einstimmig** angenommen.

3. Digitale Ratsarbeit durch die Einführung von Mandatos

Herr Messing führt aus, dass die Politiker, die bereits über ein iPad verfügen Mandatos nutzen und die hierfür erforderlichen persönlichen Zugangsdaten bei der Verwaltung anfordern können. Sie könnten sich auch

mit der Verwaltung zwecks Installierung der App in Verbindung setzen. Weiter teilt er mit, dass sich eine Sammelbestellung von iPads nicht lohne. Ihm lägen Angebote vor, danach koste ein iPad mit 16 GB Arbeitsspeicher und Freigabe für eine SIM-Karte 551,-- €. Ein iPad mit einem 32 GB Arbeitsspeicher, der aber nicht unbedingt erforderlich sei, koste 634,-- €. Zusätzlich werde eine Schutzhülle empfohlen. Die verschiedenen Modelle lägen bei 50,-- bis 60,-- €.
Zu der Nachfrage von Herrn Tauber, ob die copy & paste Funktion anwendbar sei, teilt er mit, dass das mit PDF-Dokumenten nicht ganz einfach sei. Entsprechende Textpassagen müssten markiert und dann per E-Mail zugemailt werden. Dann könne dieser Text bearbeitet und ausgedruckt werden.
In den Dokumenten könnten aber inzwischen Notizen und Hervorhebungen angebracht werden. Das Programm werde ständig weiter entwickelt.
Weiter sei die Frage nach einer Versicherung aufgeworfen worden. Diese sei im Rahmen der Elektronik-Versicherung der Stadt möglich und koste 365,74 € jährlich mit einer Eigenbeteiligung von 150,-- €.

Herr Tauber merkt kritisch an, dass er sich seine Texte ohne einen Wechsel zwischen Programmen oder Geräten zusammenstellen wolle. Er sei für die Umstellung auf digitale Ratsarbeit. Wenn das aber zurzeit noch nicht rund laufe, müsse diese zurückgestellt werden.

Herr Messing erläutert, dass die Erprobungszeit vorbei sei und Somacos mit Session und Mandatos zu den führenden Anbietern gehöre. Evtl. Problemstellungen sollten formuliert werden, damit die Entwickler diese aufgreifen können. Das Programm werde ständig weiter entwickelt.

Frau Rawe und Herr Brunn merken an, dass die Stichwortsuche schwierig sei.
Herr Messing sagt zu, nachzufragen, wie die Recherche generiert werde.

Herr Brunn weist darauf hin, dass die herunter geladenen Daten auch mit Namen bezeichnet werden müssten, Buchstaben- oder Zahlenkombinationen seien nicht praktikabel.
Herr Messing entgegnet, dass es keinen Langschrifttext geben könne, weil die Daten einheitlich programmiert seien.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Brunn wird mitgeteilt, dass ein Ausdruck mit einem Apple- oder WLAN-Drucker möglich sei.

Nach weiterer Diskussion über Einzelheiten und Möglichkeiten des Programms Mandatos wiederholt Frau Dirks, dass sich diejenigen, die über ein iPad verfügen an die Verwaltung wenden können und sie bei der Installation des Programms Hilfe bekämen.
Herr Messing teilt ergänzend mit, dass bei Bedarf auch ein Schulungstermin angeboten werden könne.

4. Mitteilungen

Keine

4.1. Freigabe der K 13 nach Aulendorf - Herr Messing

Herr Messing berichtet, dass lt. Auskunft des Kreises Coesfeld die Straße nach Aulendorf ab dem 20. Dezember 2013 wieder für den Verkehr freigegeben werde. Lediglich die Abschlussmarkierung müsse noch aufgebracht werden.

5. Anfragen

5.1. Wohngeld-Rückzahlung an das Land - Herr Kleideiter

Herr Kleideiter erkundigt sich, ob Billerbeck bzw. der Kreis von dem Urteil bzgl. der Wohngeld-Rückzahlung betroffen sei.
Herr Messing verneint dieses.

5.2. Versammlung "Initiativkreis für den Außenbereich" - Frau Rawe

Frau Rawe führt an, dass die Verwaltung Anfang d. J. beauftragt wurde, bis Ende 2013 ein Konzept für den Ausbau der Wirtschaftswege unter Beteiligung der Anlieger vorzustellen. Dieses Konzept sei bislang noch nicht vorgelegt worden. Insofern sei sie verwundert, dass die Bürgermeisterin an der morgen stattfindenden IfA-Versammlung teilnehme, in der diese Thematik behandelt werde. Da in den politischen Gremien noch nicht beraten wurde, könne die Bürgermeisterin doch hierzu gar nichts sagen.

Frau Dirks führt aus, dass sie immer zu den Versammlungen der IfA eingeladen werde. Zu der morgigen Versammlung sei auch ein Vertreter des Städte- und Gemeindebundes eingeladen, der zum Thema „Ausbau der Wirtschaftswege“ über einen Umlageverband referieren werde. Mittlerweile sei es rechtlich möglich, einen Umlageverband auch für Wirtschaftswege zu installieren. Sie werde sich anhören, was der Vertreter des Städte- und Gemeindebundes hierzu sagen wird.

Frau Rawe bittet die Verwaltung, künftig mitzuteilen, wenn Beschlüsse nicht fristgemäß ausgeführt werden können.

Frau Dirks gibt Frau Rawe Recht, dass eine entsprechende Mitteilung hätte erfolgen müssen.

5.3. Beschilderung Fuß-/Radweg Hahnenkamp - Herr Brunn

Herr Brunn führt aus, dass das Schilderchaos bzgl. der Ausweisung der Fuß-/Radwege im Bereich des oberen Hahnenkamps inzwischen beseitigt wurde. Unschön sei nur, dass einige Radfahrer das Ende des kombinierten Fuß-/Radweges ignorierten und ab der Einmündung Hahnenkamp/Windmühlenweg über den Gehweg bis zum Bahnhof führen. Er fragt nach, ob ein Hinweisschild aufgestellt werden könne.

Herr Messing weist darauf hin, dass eigentlich ein Schild vorhanden sein müsse, mit dem auf das Ende des Radweges hingewiesen werde, sagt aber Überprüfung zu.

5.4. Erdarbeiten im Bereich Darfelder Straße/Bahnübergang - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring erkundigt sich, wann die Bauarbeiten im Bereich Darfelder Straße/Bahnübergang endlich abgeschlossen würden. Zudem sei das Steenpättken schon seit Wochen gesperrt.
Frau Dirks teilt mit, dass sie über den Fortgang der Arbeiten der RWE nicht informiert sei.

5.5. Elektronische Auskunft aus dem Melderegister - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer führt aus, dass die Stadt Billerbeck zu den wenigen Kommunen gehöre, bei der eine elektronische Auskunft aus dem Melderegister noch nicht möglich sei.
Herr Messing teilt mit, dass zunächst noch ein Server-Umzug durchgeführt werden müsse, die elektronische Auskunft aber bis zum Ende des Jahres möglich sei.

5.6. Abfuhrkalender - Herr Schlieker

Herr Schlieker erkundigt sich, ob der Abfuhrkalender so abgelegt werden könne, dass er in den privaten Outlook-Kalender übernommen werden könne.
Herr Messing teilt mit, dass der Abfuhrkalender als Excel-Datei problemlos übernommen werden könne. Der Veranstaltungskalender sei als Mac-Datei hinterlegt und könne nicht übernommen werden.
Zum Einwand von Herrn Schlieker, ob das nicht geändert werden könne, verweist Frau Dirks auf die bei einem Systemwechsel entstehenden Kosten.

Marion Dirks	Birgit Freickmann
Bürgermeisterin	Schriftführerin